

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum 6 J., Reklame 18 J. Bezugspr.: Monatl. d. Post N 1.20 einschl. 18 J. Beförd.-Geb., zug. 36 J. Zustellungsgeb.; d. W. für teleph. erstellte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabatt nach Tarif, der jedoch bei K 1.40 einschl. 20 J. Austrägergeb.; Einzelz. 10 J. Bei Nichterscheinen der Zeit. inf. höh. Gewalt gerichtet. Eintr. od. Konturen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. od. Betriebsst. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg./Telegr.: „Tannenbl.“ / Tel. 324.

Nummer 7

Altensteig, Mittwoch, den 10. Januar 1934

57. Jahrgang

### Das Todesurteil an van der Lubbe vollstreckt

Berlin, 10. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Das Todesurteil an van der Lubbe ist heute morgen in Leipzig durch das Fallbeil vollstreckt worden.

### Wirtschaftspolitik, die sich selbst schlägt

Bekanntlich hat sowohl die englische Regierung wie die der Vereinigten Staaten gegen die Transferregelung, zu der die deutsche Reichsbank sich durch die Entwicklung der deutschen Devisenbilanz gezwungen sah, auf diplomatischem Wege Protest erhoben. Keine dieser beiden Protestnoten vermag allerdings die tatsächlichen Nachweisungen der Reichsbank über die deutsche Devisenlage zu entkräften. Keine äußert sich auch nur mit einem Wort darüber, wie praktisch eine volle Transferierung der Zinsfälligkeiten oder auch nur eine Transferierung in größerem Umfang, als das Moratorium ihn vorseht, ermöglicht werden könnte. Der Nachweis Dr. Schachts, daß schon bei Durchführung eines Prozentigen Transfers — unter gleichzeitiger voller Transferierung der Verbindlichkeiten aus Dames- und Younganleihen — monatlich ein Devisenminus von 11 Millionen RM. verbleibt, sofern die derzeitigen Außenhandelsverhältnisse keine durchgreifende Änderung erfahren, bleibt schließlich das durchschlagende Argument.

Die beiden protektierenden Staaten hätten aber vielleicht gut daran getan, einmal nachzuprüfen, welche Wirkungen ihre eigene Handels- und Wirtschaftspolitik auf die Gestaltung des Außenhandels und des internationalen Zahlungsverkehrs ausübt. England hat sich nicht nur, entgegen seiner Tradition, gegen die Einfuhr auf vielen Warengebieten durch zum Teil recht hohe Schutzdolle verschlossen, es hat durch seine Währungsabwertung um den Binnenmarkt eine weitere Absperrungsbasis errichtet und gleichzeitig auf den Weltmärkten den eigenen Export zum Nachteil der Ausfuhr anderer Staaten gedockt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind von jeher ein Land des Hochschutzes gewesen, haben sich immer zwar entristet, wenn man in Europa Schutzmaßnahmen gegen eine amerikanische Industrieinvasion ergreift — man denke z. B. an die Aufregung, die vor einigen Jahren entstand, als zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien der Gedanke gemeinsamer handelspolitischer Abwehr der Ueberflutung mit amerikanischen Automobilen erörtert wurde — aber die Währungspolitik Roosevelts hat nun, genau wie die englische, noch einen zusätzlichen Protektionismus geschaffen.

Mit England ist unser Handel im Augenblick noch aktiv, d. h. wir haben einen wenn auch nicht allzu großen Ausfuhrüberschuß. Mit den Vereinigten Staaten von Amerika haben wir seit jeher eine passive Handelsbilanz, und der Passivsaldo ist unter der Auswirkung der letzten wirtschaftspolitischen Vorgänge noch gewachsen. Deutschland als Industrieland ist einer der besten Rohstoffkunden der Vereinigten Staaten. Es findet drüben gar nicht entfernt im gleichen Maße Abnehmer für seine Industrieerzeugnisse, weil die hohen amerikanischen Zölle vertuernd wirken. So kommt es, daß für das Jahr 1933 Deutschland für rund 55 Millionen Dollar mehr von den Vereinigten Staaten gekauft als dorthin verkauft hat. Dieser deutsche Einfuhrüberschuß belastet die deutsche Zahlungsbilanz mit Amerika.

Dazu kommen die Zahlungen aus dem Schuldendienst für deutsche, in Amerika untergebrachte Anleihen. Ende Februar 1933 hat das Statistische Reichsamt den für den Zinsen- und Tilgungsdienst an USA. aufzubringenden Betrag auf 605 Millionen RM. geschätzt. Durch die Dollarentwertung sind inzwischen vielleicht 211 Millionen RM. davon erspart worden, jedoch die Gesamtbelastung durch den Schuldendienst 394 Millionen RM. oder etwa 140 Millionen Dollar jährlich betragen mag. Der durch Warenlieferungen nicht getilgte Saldo im gegenseitigen Zahlungsverkehr beträgt also 55 Millionen Dollar Einfuhrüberschuß plus 140 Millionen Dollar Zinsen- und Tilgungsdienst, zusammen 195 Millionen Dollar.

Die wirtschaftlich so erfahrenen Amerikaner sollten eigentlich nicht erst darüber belehrt werden müssen, daß diese 195 Millionen Dollar ja schließlich nicht aus den beschränkten Gold- und Devisenbeständen der Reichsbank bezahlt werden können, sondern daß es nur eine mögliche Möglichkeit gäbe, sie wirklich zu transferieren: in Gestalt von Warenlieferungen. Das und nichts anderes wird auch die Antwort auf die Protestnote der amerikanischen Regierung sein müssen.

Wie wir hören, sind inzwischen übrigens die Vorbereitungen im Gange, um auch die amerikanischen Gläubiger der Vorteile des Scrip-Verfahrens teilhaftig werden zu lassen.

### Zur französischen Denkschrift

Äußerungen der diplomatisch-politischen Korrespondenz

Berlin, 9. Jan. Zur Uebersetzung der französischen Denkschrift über die Abrüstungsfrage schreibt die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ u. a.: Die politische und technische Bedeutung der französischen Denkschrift zur Abrüstungsfrage macht es erklärlich, daß vermutlich noch eine ganze Anzahl von Tagen über der zur Beantwortung notwendigen Prüfung vergehen wird. Deutschland ist nach wie vor überzeugt, daß allein der Weg des diplomatischen Gedankenaustausches mit den maßgebenden Ländern die Erfolgsaussichten bietet, die von der Genfer Methode jahrelang vergeblich erwartet worden sind. Äußerungen der ausländischen Presse, wonach Frankreich sich zu Zugeständnissen, ja zu Opfern entschlossen habe, sind von großem Interesse für die deutsche Regierung, die stets für die allgemeine Abrüstung eingetreten ist und die deutsche Gleichberechtigung durch Abrüstung herbeiführen will. Sie prüft die französische Denkschrift im Geiste aufrichtigen Verständigungswillens unter dem Gesichtspunkt, welche neuen oder vielleicht auch alten Abrüstungsvorschläge darin enthalten sind. Bei der zum mindesten zögernden Haltung, die Frankreich in diesem entscheidenden Punkte stets eingenommen hat, ist anzunehmen, daß die so stark hervorgehobene Bereitschaft zu praktischen Abrüstungsmassnahmen in dem Dokument noch nicht so konkret und so klar umschrieben ist, daß man darin einen merkwürdigen Fortschritt erblicken könnte, so daß also Rückfragen in Paris notwendig sein werden. Die Korrespondenz bemerkt weiter, daß in der anscheinend vorgeschlagenen Herabsetzung der Lufttruppen kein positives Element zu erblicken sei. Ob Frankreich und andere Grenzländer zusammen 6000 oder 3000 Kriegsflyzeuge besitzen, während Deutschland überhaupt keine habe und nicht einmal über eine Flugabwehr verfüge, sei gleichgültig. Wenn allerdings zugesagt würde, daß die Vernichtung binnen weniger Jahre durchgeführt werde, dann könnte Deutschland das Ende dieser Streit abwarten und auf eine eigene Luftwaffe verzichten. Presse-

meldungen besagten, daß Frankreich auf die „Bewahrung“ (z. B.) diesen greifbarsten Ausdruck der Diskriminierung Deutschlands, verzichtet habe, jedoch an einer zeitlichen Zweiteilung der Konvention entsprechend der Simon-Erklärung vom Oktober festhalte. Wenn Deutschland im ersten Zeitabschnitt die allgemein erlaubten defensiven Waffen nicht bekomme, aber kontrolliert werden solle, während die anderen Länder hinsichtlich des Kriegsmaterials nicht abrüsten, so sei damit tatsächlich der Begriff des Probezeit wieder verwirklicht. Was Deutschland nach wie vor verlangen muß, ist wirkliche Gleichheit der Bedingungen und der tatsächlichen Lage im Rahmen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens.

### Die deutsch-französische Aussprache Pariser Blätterstimmen

Paris, 9. Jan. Die Ausführungen der deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz zur französischen Denkschrift werden von der gesamten französischen Presse als richtunggebend für die deutsche Antwort bewertet und demgemäß stark beachtet. Man folgert daraus, daß Deutschland das Angebot Frankreichs für unzulänglich hält, aber vor einer endgültigen Stellungnahme um weiteres Aufschluß über diese und jene Frage ersuchen wird. — „Journal“ sagt, man sehr, wobei die deutschen Gedankenengänge führten und knüpft daran die geradezu phantastische Entstellung, Deutschland erkläre eine Vorklause, die ebenso stark sei, wie die aller seiner Nachbarn zusammen. Trotz der hollischen Formeln und trübseligen Versicherungen der offiziellen Auslassungen in der deutschen Korrespondenz, fährt das Blatt dann fort, irrete deutlich zulage, daß Deutschland sich nicht den Arrangements der französischen Denkschrift anschließen werde.

„Figaro“, der sich wie immer wild gebärdet, fordert den Abschluß der diplomatischen Verhandlungen. Man müßte darauf gefaßt sein, erklärt das Blatt, daß Deutschland neue Zugeständnisse fordere. Die von der französischen Regierung gemachten Zugeständnisse gingen bereits über den Rahmen des Zulässigen hinaus.

### Antwort der Regierungskommission der Saar

auf die Beschwerde der Deutschen Front

Saarbrücken, 9. Januar. Auf die Beschwerde der Deutschen Front über die Politik der Regierungskommission des Saargebiets hat diese jetzt in eingehenden Ausführungen geantwortet.

In dieser Antwort versucht die Saarregierung ihr Verhalten durch den Hinweis zu rechtfertigen, daß die Zahl der von Nationalsozialisten begangenen „Terrorakte“ im letzten Vierteljahr zugenommen habe und daß der Saarregierung täglich Klagen aus den verschiedensten Teilen der Bevölkerung unterbreitet würden. Es gehe nicht an, die Verantwortung für diese Ausschreitungen sogenannten unverantwortlichen Elementen zuzuschreiben. Die Antwort drückt dann das außerordentliche Bedauern der Regierungskommission aus, daß die Herren Köhling und Leoscher, die seit 14 Jahren eng mit dem politischen Leben des Saargebiets verbunden seien, die Eingabe der Deutschen Front mit unterzeichnet und ihre Parteien kürzlich nach langem Zögern der NSDAP. unterstellt hätten.

Die Regierungskommission befaßt sich dann mit der Frage der Versammlungsverbote und betont, daß geschlossene Versammlungen grundsätzlich erlaubt seien. Wegen zahlreicher Zwischenfälle jedoch seien nicht nur die geschlossenen nationalsozialistischen, sondern auch die kommunistischen Versammlungen, also für beide „extreme Parteien“, verboten worden. Die NSDAP. aber, heißt es in der Antwort weiter, versuche die Verbote zu umgehen, indem sie unter der Bezeichnung „Elternabende“, „Heimatabende“ usw. Versammlungen veranstalte, in deren Verlauf einflussreiche Mitglieder der Partei das Wort ergriffen hätten, um über politische Ereignisse zu sprechen.

In der Antwort der Regierungskommission wird zum Schluß betont, daß die Regierung keine Bestimmungen der Notverordnungen zu bereuen oder abzuschwächen brauche, zu deren Erlaß sie vor einigen Wochen gezwungen worden sei. Sie habe das feste Vertrauen, daß sie die Lage meistern werde; sie vertraue auch auf die tatkräftige Unterstützung des Völkerbundes, die der Regierung noch niemals gefehlt habe.

Schließlich wird in der Denkschrift noch festgestellt, daß sie die Zustimmung sämtlicher Mitglieder der Saar-

mission gefunden habe; nur das saarländische Mitglied habe seinen abweisenden Standpunkt beibehalten.

Dieser Bericht der Regierungskommission an den Völkerbundrat ist getragen von ausgesprochenem Haß gegen die nationalsozialistische Bewegung, was nicht zu verwundern ist, wenn man weiß, daß der in der Regierungskommission beschäftigte, in Deutschland seit einiger Zeit kraftschlüssig verfolgte frühere Oberregierungsrat Richter an der Abfassung des Berichts maßgeblich beteiligt ist. Das allein kennzeichnet die Tendenz und auch die Dokumente, auf die sich die Denkschrift stützt. Die Unterlagen, einseitig zusammengestellt, sind kürzlich von einem anderen, ebenfalls von der Regierungskommission angestellten Emigranten namens Lehner in seiner Eigenschaft als Polizeikommissar in Keantirren übergeben worden. Obwohl diese Dokumente erst jetzt bekannt geworden sind, versucht die Regierungskommission, mit ihnen nachträglich ihre feinerzeitigen Besorgungen zu rechtfertigen. Unverhohlen geht aus jedem Wort der Denkschrift die Verärgerung darüber hervor, daß das bewußte Deutschland an der Saar sich gemäß der Neuordnung der Dinge in Deutschland ohne Unterschied der Partei mit dem Nationalsozialismus in der Deutschen Front zusammengefunden hat. Der Versuch der Denkschrift, trotz dieser Einigung die Führer der früheren Parteien gegen den Nationalsozialismus auszuspielen, zeigt am besten, wie wenig Verständnis die Regierungskommission für die geistige und vaterländische Einigung im Reich und an der Saar aufbringt. Allein der Umstand, daß die Regierungskommission bei ihren Maßregeln Nationalsozialismus und Kommunismus als „extreme Parteien“ einander gleichstellt, genügt als Zeugnis für die subjektive Einstellung der Regierungskommission. Sie glaubt, die Verbindung mit dem Reich als geschwundene Nachenschaften einer politischen Partei brandmarken zu können, die sich auf ihre „auswärtigen Beziehungen“ berufe. Auch das ist ein Zeichen für die mangelnde Objektivität der Saarregierung, denn laut Saarstatut ist die Saarregierung als Treuhänder einer Bevölkerung eingesetzt, die auch heute nicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat.

Das deutsche Volk an der Saar wird trotz dieser Propagierung durch eine ihm aufgedrängene landfremde Regierungskommission sich in keiner vorbildlichen Ruhe und seinem Ordennussinn nicht wandend machen lassen. Alle wenig verschleierte Versuche, die Saarbevölkerung in ihrer Einigkeit zu erschüttern, werden sie nur noch fester zusammenschließen im Kampf um die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande.



### Neue bedeutsame Arbeitsbeschaffung

Kadfahrwege zur Entlastung der Landstraßen

Berlin, 9. Jan. Die das W.J.-Büro meldet, hat der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen den Ländern Mitteilung von seinen Verhandlungen mit der Zentralkasse für Kadfahrwege und verschiedenen Vereinen für Kadfahrwege gemacht. Die Zentralkasse und die Vereine waren mit der Bitte um Einbeziehung des Bundes von Kadfahrwegen in die Arbeitsbeschaffung vordringlich geworden. Der Generalinspektor teilt mit, daß nach seiner Ansicht die Finanzierung von solchen Kadfahrwegen in Frage kommt, die der Entlastung von Landstraßen dienen. Für die Finanzierung lämen die Begehrerhaltspflichtigen für die zu entlastenden Landstraßen in Betracht, zumal für den Bau besonderer Kadfahrwege eine Verdrößerung der Landstraßen erwogen werden könne. Es werde inselgeheßen bei den in den nächsten Jahren auszuführenden Arbeiten angekrebt werden, einen besonderen Beitrag für den Bau solcher Kadfahrwege auszuwerfen, die Entlastungswegen für vorhandene Straßen darstellen. Die Planung der Kadfahrwege sei Sache der Vereine, die ihre Projekte an die Zentralkasse einreichen sollten. Die Zentralkasse setze sich dann mit der zuständigen Behörde in Verbindung, die ihrerseits dem Generalinspektor Gutachten erstatte. Zustimmung für Kadfahrwege, die lediglich dem Auslastungsverkehr dienen und keine Entlastung einer öffentlichen Straße ei grundtätlich ausgeschlossen. Der Bau dieser Wege müsse der Selbsthilfe der Vereine überlassen bleiben. Im übrigen sei in Aussicht genommen, im Rahmen des Winterprogramms aus Mitteln des Teiles 2 des Straßenbauprogramms Beträge auch für Kadfahrwege bereitzustellen.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Stellungnahme des Generalinspektors noch dadurch unterstützt, daß er die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter ermächtigt hat, für den Bau von Kadfahrwegen, die Zuschüsse aus dem Straßenbauprogramm erhalten, auch die Grundförderung nach Lagerwerken zu bewilligen. Gegebenenfalls soll die Grundförderung auch für die Kadfahrwege bewilligt werden, die mit Mitteln der Interessenten oder eigenen Mitteln der Gebietsförderstellen hergestellt werden müssen.

### Die schwere Krise in Tirol

Handelskammer fordert von Dollfuß einstimmig Abhilfe

Innsbruck, 9. Jan. Die Tiroler Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie hat am Dienstag einstimmig eine Entschädigung angenommen, die sich mit der durch die politischen Verhältnisse entstandenen schweren Wirtschaftskrise beschäftigt. In der Entschädigung heißt es: Wir Tiroler haben bewußt einen ausschlaggebenden Anteil unserer Wirtschaft von einer Besetzung abhängig gemacht, die uns nur unter großes Bruderdiensten kann. Aber nicht nur wirtschaftlich hat unser gesamtdeutsches Denken und Handeln Ausdruck gefunden. In Tirol haben schon vor 17 Jahren 98 v. H. der Bevölkerung in einer Volksabstimmung den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich gefordert. Dies geschah zu einer Zeit, in der dort die innerpolitischen Verhältnisse wahrlich in der tirolischen Bevölkerung noch nicht den Wunsch rege machen konnten, ihnen auch bei uns Heimatrecht zu verleihen. Wir aber hörten damals so gut wie heute auf die Stimme des Blutes, und so war Tirol auch das Land, in dem die ersten Befehle jener Grundzüge, die heute im Deutschen Reich herrschen, auf lauchten vor der Achtung in ihrem Vaterlande. Heute aber werden fast nur wir Tiroler von der Einzelherren des Deutschen Reiches vernachlässigt getroffen. Am Schluß der Entschädigung werden von der österreichischen Regierung energische Taten verlangt, um die durch die politische Lage entstandene schwere Krise im Lande Tirol zu mildern.

### Der Hauptbelastungszeuge verschwunden

München, 9. Jan. Die bayerische politische Polizei teilt mit: Die Kreisleitung der NSDAP. Freising erhaltete vor einigen Wochen Anzeige gegen den Seminarleiter des bischöflichen Diözesanats Freising, Dr. Köhberger, wegen Greuelpropaganda. Vor einigen Tagen fand in München die Verhandlung vor dem Sondergericht statt, die eine Verurteilung des Dr. Köhberger zu acht Monaten Gefängnis zur Folge hatte. Der Seminarleiter Josef Harte, als Zeuge geladen, sagte in diesem Prozeß unter Eid aus und wurde Hauptbelastungszeuge gegen Köhberger.

Am Freitag, den 3. Januar 1934, lief bei der politischen Polizei die Nachricht ein, daß in extrem-atholischen Kreisen diese Zeugenaussage des Präfecten Harte als Verrat an der katholischen Kirche angesehen würde, ferner die — unwahrscheinlich klingende — Meldung, daß man in diesen Kreisen der Ansicht sei, Harte müße wie ein Judas aus dem Leben scheiden.

Die am 6. Januar 1934 plichtgemäß angeordnete Postüberwachung ergab eine Anzahl anonomener Karten und Schmähbriefe, die alle dieselbe Tendenz zeigten, entweder Harte zum Selbstmord zu treiben oder ihm den gewaltsamen Tod anzudeuten. Der mit der Behandlung dieses Falles beauftragte Beamte versuchte nunmehr mit dem bedrohten Harte Fühlung zu bekommen. Hierbei stellte er im Seminar in Freising fest, daß Harte nach Angabe des befragten stellvertretenden Direktors nicht mehr anwesend wäre und sein Aufenthalt nicht bekannt sei. Die schärfste polizeiliche Nachforschung ist angeordnet.

München, 9. Jan. Der Hauptbelastungszeuge im Prozeß gegen den Seminarleiter Köhberger, Präfect Hartl, der nach der Verurteilung Köhbergers am 5. Januar wegen Greuelpropaganda verschwunden war, ist am Dienstag früh nach umfangreichen Ermittlungen von der Polizei gefunden worden. Präfect Hartl befindet sich in detortig zerrütetem Körper- und Gemütszustand, daß eine Vernehmung noch nicht möglich war. Er wurde zu seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen, in der er jede Bequemlichkeit genießt und in seiner Beweglichkeit nur soweit eingesenkt ist, als die Sorge für die Sicherheit seiner Person von Anschlägen auf Leben und Gesundheit erfordert. Der Grund für die Nacht Hartls ist darin zu suchen, daß Hartl nach der Verurteilung Köhbergers eine Flut anonomener Karten und Schmähbriefe erhalten hatte, die ihn zum Selbstmord treiben sollten oder ihm den gewaltsamen Tod andeuten.

### Ene Verordnung Dr. Lens

München, 9. Jan. Der Stabsleiter der W.D., Dr. Robert Len, hat folgende Verordnung erlassen:

„Ich mache hiermit entsprechend dem Willen des Führers erneut allen Gauleitern zur Pflicht, die Neubildung von angeblich ständischen Organisationen, sowie Verlautbarungen schriftlicher oder mündlicher Art über ständischen Aufbau zu verhindern.“

Die Vorbereitung des ständischen Aufbaues ist ausschließlich Sache des Amtes für ständischen Aufbau der NSDAP, dessen Verlautbarungen allein von Bedeutung sind.

Gesetlich veranfert und porteiamentlich anerkannt sind nur Reichsnährbund und Reichskulturkammer.“

### Stawiski gestorben

Paris, 9. Jan. Stawiski ist in der Nacht zum Dienstag der schweren Schußverletzung, die er sich beigebracht hat, erlegen.

Zweifel am Selbstmord Stawiskis

Paris, 9. Jan. Als Lissier, der verhaftete Direktor des Credit Municipal von Bayonne, im Gefängnis von dem Selbstmordversuch Stawiskis erfuhr, soll er gerufen haben: „Das ist unmöglich. Ein Mann wie Stawiski bringt sich nicht um.“ Auch der Rechtsbeistand Lissiers teilte diese Auffassung und erwartete eine gerichtliche Untersuchung. Die Nachricht von dem Selbstmordversuch findet nicht überall Glauben. In vielen Kreisen wird offen oder verdeckt von einem Vertuschungsmanöver der Polizei gesprochen, die, wie man behauptet, einen für viele Persönlichkeiten stark belastenden Mann habe verschwinden lassen wollen.

Der „Populaire“ und die „Humanite“ sind natürlich lebhaft bemüht, den Fall Stawiski in ihrem Sinne auszuwerten. Dazu gehört es wohl auch, wenn von ihnen behauptet wird, Stawiski habe auch als Polizeispitzel gearbeitet. Dabei habe er in vielem Einblick gewinnen können. Jetzt, wo er unbedeutend wurde, habe man ihn beseitigen wollen. In die Blätter verstreuten sich sogar zu der Behauptung, daß zwei Polizeibeamte in aller Stille mit der Aufgabe betraut worden seien, Stawiski ins Jenseits zu befördern. Man habe einen Selbstmordversuch nur vorgefälscht. „Aber“, so fährt das Blatt fort, „wie der Selbstmord des Barons Reinach nicht den Panama-Standal verhindert hat, und ebensowie der Selbstmord des Obersten Henry die Dreyfuß-Affäre nicht zu vertuschen vermochte, dürfte auch der sogenannte Selbstmord Stawiskis nicht den Bonanner Standal vertuschen.“

### Teilweise Umbildung des französischen Kabinetts

Paris, 9. Jan. Unter dem Vorbehalt des Staatspräsidenten trat am Dienstag vormittag der Ministerrat zusammen. Ministerpräsident Chaumets erhaltete Bericht über den bisherigen Verlauf des Finanzabbaus von Bayonne und erklärte, daß er bereit sei, in der Kammer die sofortige Beratung der diesbezüglichen Interpellationsanträge anzunehmen.

Chaumets verlas Joann das Rücktrittschreiben des bisherigen Kolonialministers Dalmeiz, das vom Staatspräsidenten angenommen wurde.

Der Ministerpräsident unterbreitete dem Staatspräsidenten ferner die Ernennung des bisherigen Arbeitsministers P. M. o. r. e. z. zum Kolonialminister, des bisherigen Handelsmarine-ministers F. r. o. t zum Arbeitsminister und des bisherigen Unterstaatssekretärs im Innenministerium, B. e. r. t. r. a. n. d., zum Handelsmarineminister. Auch diese Ernennungen wurden vom Staatspräsidenten angenommen. Alle übrigen Ministerien bleiben unverändert. Auf Vorschlag des Justizministers wurde General Kollert zum Großkanzler der Ehrenlegion ernannt.

Der Luftfahrtminister unterbreitete dem Staatspräsidenten einen Gesetzentwurf, der die Auszeichnung des Generals P. a. l. l. e. m. i. n., des Führers des französischen Flugzeuggeschwaders, das soeben den Afrifallung beendet hat, mit dem Großkreuz der Ehrenlegion vorstelt. Außenminister Paul Boncour erhaltete Bericht über die laufenden politischen Verhandlungen.

### Die französische Regierung im Kreuzfeuer von Rechts und Links

Paris, 9. Januar. Der Fall Stawiski ist auch in den Wandelgängen der Kammer das Gesprächsthema. Für Donnerstag macht man sich auf eine stürmische Sitzung gefaßt. Die Lage der Regierung wird als nicht beneidenswert bezeichnet, weil sich nicht nur von Rechts, sondern auch von Links eine scharfe Opposition fühlbar macht. Während die Rechte zweifellos auf den Sturz der Regierung hinarbeitet, richtet sich der Vorstoß der Sozialisten gegen die Polizei, und zwar insbesondere gegen den Pariser Polizeipräsidenten Chiappe. Wenn man berücksichtigt, daß die Regierung nur noch eineinhalb Tage Zeit hat, um die Wogen der Aufregung zu glätten, so scheint die Skepsis verständlich, die in parlamentarischen Kreisen hinsichtlich der Gesamtlage der Regierung besteht.

### Die Saarkommission und der stedbriefflich gefuchte Oberregierungsrat Rigel

Berlin, 9. Jan. Das Deutsche Kriminalpolizeiblatt bringt noch einmal ein Bild des stedbriefflich geuchten Oberregierungsrats a. D. Heinrich Rigel, der sofort zu verhaften ist. Rigel ist bekanntlich in diesen Tagen von der Saarkommission in die Kriminalpolizei des Saargebietes eingestellt worden und wird nun auf die deutsche Bevölkerung des Saargebietes losgelassen. Er gehört zu jener ablen Clique von Emigranten, die Deutschland wegen kriminalpolizeilicher Delikte verlassen mußten.

Rigel, der wegen eines schweren Bergedens stedbriefflich gefucht wird, ist der besondere Vertrauensmann des Franzosen Heimberger in der Regierungskommission des Saargebietes. Er hat die Denkschrift der Regierungskommission für den Völkerverbund als Gegenwehr gegen die Denkschrift der deutschen Front verfaßt. Allein aus diesen Tatsachen kann man den Wert des Materials und die Art der Verwendung erkennen. Der ganze Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf die Regierungskommission des Saargebietes.

### Ein evangelischer Pfarrer verhaftet

Doerum, 9. Jan. Auf Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes wurde der evangelische Pfarrer Bertemeier in Dortmund-Karten in Schutzhaft genommen. Pfarrer Bertemeier hat sich schon im Sommer des Vorjahres durch beleidigende Äußerungen gegen den Kultusminister Rust unangenehm bemerkbar gemacht. Damals entging er nur einer empfindlichen Bestrafung, weil der Minister keinen Strafantrag gestellt hätte. Ein Einschreiten der Behörden ließ sich aber nicht mehr vermeiden, als der Pfarrer den ihm anvertrauten Konfirmanden die Anwendung des deutschen Grußes beim Betreten der Unterrichtsraum unterlagte und durch Randschreiben das zwischen dem Reichsbischof und dem Führer der Hitlerjugend durchgeführte Eingangswort der Jugend zu sabotieren versuchte.

### Neues vom Sage

Besprechungen der Reichsbank mit den Vertretern der mittel- und langfristigen S채nden

Berlin, 9. Jan. Da im Dezember dem Gläubigerauschuß zugefaßt worden war, ihm vor Neuabschluß eines besonderen Zahlungsabkommens mit der Schweiz und Holland Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und die Regierungen der beiden Länder nunmehr an die deutsche Regierung zwecks Abschlusses eines besonderen Zahlungsabkommens herangerufen sind, hat die Reichsbank die Vertreter der Gläubiger zu einer Sitzung am 22. Januar in Berlin eingeladen. Es handelt sich also hier nicht um eine neue Transferkonferenz.

Die englische Beteiligung an der Genfer Ratstagung

London, 9. Jan. Wie Reuters erfährt, wird Geheimfurd Siegelbewahrer Eden an der am 15. Januar beginnenden Tagung des Völkerverbunds die etwa eine Woche dauern wird, teilnehmen. Zweifelhaft ist, ob Außenminister Simon die ganze Woche wegen der in London stattfindenden Kabinetts- und Ausschußbesprechungen über die Abrüstung in Genf bleiben kann, doch beabsichtigt er, wie seine Amtsvorgänger, an den periodischen Sitzungen des Völkerverbunds teilzunehmen. Henderfon wird den Zeitpunkt für den Zusammentritt des Völkerverbunds nach Rücksprache mit den Regierungen festlegen.

Anschlagversuch auf Ministerpräsident Saito

Totio, 9. Jan. Am Dienstag versuchte ein Japaner, offenbar in der Absicht, den Ministerpräsidenten Saito zu ermorden, in dessen Wohnung einzudringen. Die Wache nahm jedoch noch rechtzeitig den Eindringling fest. Man fand bei ihm eine Waffe und einen Brief. Der Schreiber des Briefes führt aus, er wolle den japanischen Ministerpräsidenten beseitigen, da so ein alter Mann wie Saito in den heutigen Zeiten nicht die japanische Politik erfolgreich leiten könne. Außerdem habe Saito den nationalen Willen des japanischen Volkes geschmäht. Der Festgenommene, der ins Polizeipräsidium eingeliefert wurde, verweigerte bisher jede Aussage.

### Aus Stadt und Land

Monteitag, den 10. Januar 1934.

Bericht über die Gemeinderatsitzung am 3. Januar 1934

Anwesend: Der Vorsitzende und acht Ratslieder  
Enschuldigt: Stadtrat Walz

Mit den besten Wünschen zum neuen Jahr verband der Vorsitzende zunächst einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr, das für unser deutsches Volk und Vaterland ein Schicksalsjahr war. Zu Beginn des Jahres das Volk innerpolitisch zerrissen und in Parteien zerklüftet, abgestumpft und hoffnungslos, außenpolitisch verachtet und mit Füßen getreten. Und nun ein Volk, das sich wieder gefunden hat, einig und geschlossen wie wohl noch nie in der deutschen Geschichte, mit neuer Hoffnung und mit neuem Vertrauen. Nach außen aber dadurch ein Faktor, mit dem die ganze Welt wieder rechnet. Durch den Sieg der nationalsozialistischen Revolution ist nicht nur Deutschland, sondern die ganze gestittete Welt vor blutigem Bürgerkrieg und allgemeinem Chaos, wie es die Welt noch nicht gesehen hätte, bewahrt geblieben. Die wichtigsten Maßnahmen der Regierung wurden kurz gestreift, insbesondere auch deren Auswirkung auf die Gemeindevverwaltung, wozon besonders die Neubestellung des Gemeinderats und das neue Ortsvorstehergefaßt hervorzuheben sind. Die von der Regierung nach der innerpolitischen Bestriedung und besonderem Nachdruck betriebenen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen (Arbeitsflucht) wurden hier in einem Ausmaß unterfucht, wie im Verhältnis wohl kaum in einer andern Gemeinde des Landes. Zur Durchführung kamen: Arbeiten an der Feldbereinigung III mit teilweise bis zu 40 Kostandsarbeitern und mit dem freiwilligen Arbeitsdienst, wobei die Zahl der Arbeitsdienstwilligen im Laufe des Jahres von 50 auf 145 sich erhöhte; die Errichtung eines Stammlagers für den freien Arbeitsdienst, der Umbau der Unterbrücke, die Herstellung der Sellengrabenbrücke, die Aufstellung einer neuen Kaserne, die Anlage sowie die Beschaffung einer Gleichstromanlage des städtischen Elektrizitätswerks und endlich der Aufbau einer Wohnung auf des Eihantgebäude. Für das neue Jahr sind bereits vorgefaßt: die Fortsetzung der Feldbereinigungsarbeiten, größere Instandsetzungsarbeiten an den städtischen Gebäuden mittelst Bauzuschüssen, Regarbeiten in den städtischen Wäldungen und die Verlegung der Nagold vom Bahnhof an abwärts. Es ist nicht leicht gefallen, alle diese Maßnahmen zur Ausführung zu beschließen, aber wenn den Bestrebungen der Regierung Erfolg beschieden sein soll, gilt es das Neueste zu tun. Die Zahl der Arbeitslosen war dadurch verhältnismäßig gering, am Jahresfluß waren es 37, wozu aber das baldige Einwintern beitrug. Die Finanzen der Stadtgemeinde können als geordnet bezeichnet werden, der Schuldenstand hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht erhöht. Dank der Maßnahmen der Regierung scheint auch das Geschäftsleben hier seinen Tiefpunkt überschritten zu haben. Da und dort sind Anzeichen einer Besserung vorhanden. Angefallen sind im abgelaufenen Jahr: 34 Baugesuche und Bauzuschüsse wurden beschieden in rund 100 Fällen mit einem Umsatz von etwa 130.000 Mark. Eine weitere Belebung ist durch die bewußte Förderung der Land- und Forstwirtschaft, mit der unsere hiesige Geschäftswelt in weiter Umgebung stark verbunden ist, zu erhoffen. Von den im Rahmen der Regierungsmassnahmen hier durchgeführten Veranstaltungen sind zu erwähnen: Der Tag der nationalen Arbeit, das Erntedankfest, die Handwerkerwerbewache und der Gefallenengedenktag. Zu bleibendem Gedenken und zur Ehrung



aneres Vorkämpfers und Reichsfänglers aber wurde auf dem Schloßberg in der Nähe des Kriegerdenkmals eine Hilterei gepflanzt. In guter und freundlicher Erinnerung wird uns auch stets der Besuch des Herrn Reichshalters Murr vom 10. November bleiben anlässlich einer Wahlkundgebung. Das von der Regierung angeordnete Winterhilfswerk hat freundliche Aufnahme und beste Unterstützung erfahren. Eingegangen sind hier einschließlich der Eintopfgerichtspenden von Oktober bis Dezember zusammen 1828 Mark in bar, außerdem Naturalien aller Art wie Kleider, Wäsche, Leder usw. und ca. 400 Pfund Lebensmittel. Allen Gebern herzlichen Dank mit der freundlichen Bitte, im Opfern nicht müde zu werden, denn die Not ist infolge der Sünden der verflochtenen Regierungssysteme, Inflation, langjährige Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit bei vielen noch riesengroß. Im Rahmen dieses Winterhilfswerks hat in dankenswerter Weise die NS-Frauenhilfe auch die Durchführung einer Schülerleistung übernommen, wodurch täglich etwa 120 bis 130 bedürftige Schüler an allen Schulen ein Viertel Liter Milch und ein Brot unentgeltlich erhalten. Mit dem Gedenden des 25jährigen Dienstjubiläum des Herrn Sparfahndirektors Walz und dem Dank an alle Beamten und Angestellten, die in treuer Hingabe und freudiger Mitarbeit auch die durch eine solch gewaltige Umwälzung selbstverständliche Mehrarbeit bewältigt haben, wurde der Rückblick, der nur das Wichtigste berücksichtigen konnte, mit froher Hoffnung auf das neue Jahr geschlossen.

Zur Beratung stand dann die Aenderung der Fernsprechanlage am Rathaus, die durch die Verlegung der städt. Forstkanzlei auf das Rathaus veranlaßt wurde. Nach den vorliegenden Berechnungen konnte schon aus finanziellen Gründen nur ein Ausbau der bestehenden Handumhüllanlage in Betracht kommen, da es nicht verantwortet werden könnte, wie früher geplant, in solcher Höhe mindestens 3000 Mark für ein SA-Nebenamt auszuwerfen oder monatlich etwa 55 Mark mehr Miete für einen solchen Apparat zu bezahlen, wenn anders den Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann. Das Forstamt und die Stadtpflege verlieren ihre eigene Fernsprechanlage und werden über die Zentrale des Rathauses angeschlossen, ebenso wird über diese eine Nebenstelle in die Wohnung des Stadtbaumeisters gelegt, die außerhalb der Kanzleizeit auf das SA-Amt umgeschaltet bleibt, so daß jederzeit fernmündlicher Verkehr von und zu ihm möglich ist. Um aber der Polizeiwache auch die Möglichkeit zu geben, außerhalb der Kanzleizeit jederzeit mit dem Stadtvorstand wie mit dem Stadtbaumeister zu verkehren, ist es notwendig, diese noch mit einer Hauptnummer an das SA-Amt anzuschließen. Die Nebenstelle der Polizeiwache bleibt nach wie vor für den Tagesverkehr mit den städt. Beamten. Der künftige Stadtvorstand erhält ebenfalls einen Hauptanschluß. Bei dieser Regelung bleibt eine Erhöhung der Fernsprechtskosten gegen selber vermieden.

Elektromonteur J. Manz möchte seine Stellung bei Firma Gebrüder Theurer aufgeben, um zum Rundfunkbetrieb zugelassen zu werden. Weil dieser aber allein eine vollständige Erläuterung für eine Familie nicht bietet, bittet er um die Erlaubnis, Hausinstallationen im Bereich des städt. Elektrizitätswerts vornehmen zu dürfen. Da die fachlichen Voraussetzungen nach den Stromlieferungsbedingungen erfüllt sind, wird dem Gesuch in freier willkürlicher Weise entsprochen.

Vornahme einer Grundstücksbewertung und Besprechung verschiedener weniger wichtiger Punkte; weiterer Kenntnisnahme von Erläufen, von denen zu erwähnen sind, zwei Erlässe des Landesratsamts über Verlängerung der Förderungsfrist der Rotstandsarbeiten bis 31. März 1934 und zwei Erlässe an der Seltenenhandbrücke und zweitens an der Feldbereinigung III, wobei gleichzeitig auf entsprechendes Gesuch in beiden Fällen der Förderungsbeitrag von 2,50 Mark auf 2,75 Mark für das Arbeitslohnwert erhöht worden ist mit Rückwirkung.

Das städtische Forstamt hat zur Regelung seines Publikumsverkehrs den Freitag als Sprechtag festgelegt, was insbesondere zweckmäßig und notwendig ist, als der Forstmeister auch auswärts geht. An diesem Tag ist er bestmöglich zu sprechen, an den anderen Tagen, wenn er nicht auswärts ist.

Grömbach, 10. Januar. (Der letzte Gang.) Unter außerordentlich großer Teilnahme von hier und auswärts, besonders auch von Altensteig, wurde gestern Friedrich Finkbeiner, unser langjähriger Gemeinde- und Kirchenpfleger, der nach etwa zweijähriger Leidenszeit im 81. Lebensjahr gestorben ist, zur letzten Ruhe bestattet. Mit Friedrich Finkbeiner, dem Vater des jetzigen Bürgermeisters Finkbeiner, ist einer der beliebtesten Bürger, der überall Achtung u. Wertschätzung genoss, u. der sich in der Gemeinde besonders verdient gemacht hat, dahingegangen. In einer Zeitperiode von etwa vierzig Jahren hat er sich als Gemeindevorstand, als Gemeindepfleger, sowie als Stiftungs- und späterer Kirchenpfleger bis in sein hohes Alter bewährt. Auch der Darlehenskasse, zu dessen Gründern er gehört, war er viele Jahre ein tüchtiger Vorstand. Mit welcher treuen Hingabe und Uneigennützigkeit er der Gemeinde in den vielen Jahren gedient hat, ging sowohl aus der Grabrede des Ortsgeistlichen, Pfarrer Krodenberger, wie aus den folgenden Nachrufen hervor. Gemeindepfleger Ad. Dietzler widmete dem Entschlafenen namens der Gemeinde Nachruf und Kranz, der Kirchengemeindevorstand J. H. Reich im Namen des Kirchengemeinderats, und Löwenmirt Wurst, Vorstand der Darlehenskasse, für den Darlehensfassenverein. In allen Nachrufen wurde der Wertschätzung und dem Dank an den Entschlafenen für seine treuen Dienste Ausdruck verliehen. Posaunenchor und Gesangsverein umrahmten die Beisetzung des Entschlafenen. Er ruhe im Frieden!

Calw, 9. Januar. (Tobsuchtsanfall.) Am Erscheinungsort ereilt in den Morgenstunden ein Bewohner der Bischofsstraße einen Tobsuchtsanfall. Er zertrümmerte die Fensterhebeln, richtete in der Wohnung Schaden an und griff auch verschiedene Personen an. So verletzte er den herbeieilenden Hausbesitzer und schlug einen Polizeibeamten und zwei Mitglieder der Freiwilligen Sanitätskolonne Calw. Den Kolonnenführer verletzte er dabei dertart, daß dieser sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und arbeitsunfähig wurde. Der Tobsüchtige wurde zuerst ins Bezirkskrankenhaus und von dort nach Tübingen verbracht.

Möffingen, OA. Rottenburg, 9. Januar. Am Montag ist nach langem Krankheitslager Oberamtsgeometer i. R. Karl Schmid im Alter von 81 Jahren gestorben.

Zinnau (Hohenz.), 9. Januar. (Ein Auge eingebüßt.) Ein junger Mann von hier, der im Walde Beerenreis holen wollte, hat dabei ein Auge eingebüßt. Es geriet ihm ein Dorn ins Auge, das trotz sofortiger Operation in der Augenklinik in Tübingen nicht mehr gerettet werden konnte.

Kottenburg, 9. Jan. (Um Erhaltung der Jung-Jung-Filiale.) Im Oktober 1930 wurde zwischen der Stadt Kottenburg und der Firma Jungmans in Anbetracht der verfallenen Wirtschaftslage und im Hinblick auf die ungünstige Entwicklung der Uhrenindustrie eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Stadtverwaltung Kottenburg der Firma für die Aufrechterhaltung ihres Kottenburger Filialbetriebes einen jährlichen Zuschuß leistet. Nun verlangt die Firma ein größeres Entgegenkommen. Dazu ist aber die Stadt ohne weiteres nicht in der Lage. Der Gemeinderat hat größtes Interesse daran, daß der Betrieb mit seinen 168 Arbeitern und Arbeiterinnen nicht stillgelegt wird. Der Gemeinderat beauftragte Bürgermeister Seeger, mit der Firma Jungmans in Schramberg Verhandlungen mit dem Ziel der Verlängerung des Vertrages auf angelegener Grundlage zu führen.

Vantingen, OA. Balingen, 9. Jan. (Ehrenbürger.) Kreisleiter und Reichstagsabgeordneter Emil Kiener wurde zum Ehrenbürger der Gemeinde ernannt.

Margrethausen, OA. Balingen, 9. Jan. (Brand.) Am Sonntagabend brach in dem Wohn- und Oekonomiegebäude des Karl Schaubt aus unbekannter Ursache Feuer aus. Durch das schnelle Eingreifen des Ebinger Löschzugs konnte verhindert werden, daß das Gebäude bis auf den Grund niederbrannte, doch ist es ziemlich stark beschädigt.

Kottweil, 9. Jan. (Todesfall.) Im hohen Alter von 91 Jahren verchied am Dreikönigstag Baurat a. D. Währler. Im Jahre 1874 trat er zur Straßen- und Wasserbauverwaltung über, wo ihm am 1. Dezember 1874 die Straßenbauinspektion Kottweil übertragen wurde, der er bis zu seiner 1913 erfolgten Zurücksetzung vorstand.

Speisingen, 9. Jan. (Alpenfernsticht bis zum Montblanc.) Den Besuchern des Dreifaltigkeitsberges bot sich am Sonntag vormittag eine selten schöne Alpenfernsicht. Selbst der Montblanc konnte aus der Unzahl der in prachtvollem Frührot legenden schneebedeckten Häupter erkannt werden. Ueber die schneebedeckten Schwarzwaldberge weg konnten sogar die Vogesen gesichtet werden.

Salach, OA. Göppingen, 9. Jan. (Der Brand bei Schachmann.) Die Ursache des Brandes bei der Schachmann ist immer noch nicht geklärt und sehr mysteriös. Eine Stunde vor Bekanntwerden des Brandes gingen die beiden Nachtwächter noch durch den zerstörten Trakt, ohne etwas zu bemerken. Zu allem Unglück war die Telefonleitung beim Portier seit drei Tagen gestört. Die besondere Alarmvorrichtung der Fabrik funktionierte letztens ebenfalls nicht. Der Schaden soll mehr als 100 000 RM. betragen.

Kentrich, OA. Tettnang, 9. Jan. (Die schadhafte Kirchendecke.) Den Vorgehmad eines Erdbebenschreckens hatten am letzten Sonntag die hiesigen Kirchenbesucher, als während der Predigt plötzlich ein großes Stüd der Gipsdecke unter der Orgelempore auf die Köpfe der andächtigen Zuhörerinnen herabfiel. Zum Glück war die Fallhöhe nicht groß, auch hatten die Betroffenen Hüte auf. Trotzdem gab es manche blutende Raisen und Hände und schmerzende Schulterverrenkungen, von den beschädigten Hüten und Kleidern ganz zu schweigen. Das Nachspiel wird wohl ein komplizierter Haftpflichtfall der Kirchenpflege sein.

Sommerried, OA. Wangen, 9. Jan. (Eintritt eines Gebäudes.) Das Oekonomiegebäude des Johann Baptist Schneider von Hintermaos Gemeinde Sommerried, ist am Dreikönigstag infolge Schneedrucks und Wasserdichtigkeit bis auf die Wohnung völlig in sich zusammengefallen. Die Bewohner vernahmten ein verdächtiges Knistern im Gebäud, das sich rasch steigerte. Die Stallung wurde darauf unverzüglich geräumt und das Vieh in Sicherheit gebracht. Wenige Minuten darnach brach das Gebäude unter lautem Krachen in sich zusammen und aus dem Boden lag ein Durcheinander von zerbrochenem Gebäud, Dachziegel, Futtervorräten und Schneemassen. Das angebaute Wohnhaus blieb im allgemeinen verschont, doch mußten durch Anbringen von Stützen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden.

Bom Ries, 9. Jan. (Eifersuchtstat.) Ein 18jähriger Dienstknecht in Wallerstein, der beim Kammerjunker vom Dienstherrn seiner Angeborenen von der Leiter heruntergestoßen worden war, verübte sich dadurch zu rächen, daß er einen Säugling in die Kammer des Dienstherrn abgab. Glücklicherweise trat die Kugel den im Bette Liegenden nicht, sondern durchschlagend nur das Zukende der Bettlade. Der Bursche wurde verhaftet.

Vangenau, OA. Ulm, 9. Jan. (Mord oder Selbstmord?) Die Gastwirtin zur „Germania“, Magdalena Braun, und ein junger Mann von Vangenau namens Otag wurden am Montag in der Wirtschaft zur „Germania“ tot aufgefunden. Es steht noch nicht fest, ob es sich dabei um Mord oder Selbstmord handelt, da die Untersuchung noch im Gange ist.

Vom bayerischen Allgäu, 9. Jan. (Tot unter der Samine.) Vier Augsburger Reichwehroffiziere machten in 1800 Meter Höhe auf den Schrippenköpfen bei Fischen eine Skipartie, als sich plötzlich ein Schneebrett löste, der 22jährige Oberschütze Anton Fahrnschön von Illertissen 300 bis 400 Meter den Hang hinabstürzte und unter der Samine in einer Tiefe von 3-4 Metern begraben wurde. Erst nach mühsamer Arbeit gelang es, den Verhängenen zu bergen; er war tot.

Vom bayerischen Allgäu, 9. Jan. (Der zutrauliche Hirsch.) Im Ostal bei Pironten hat ein Hirsch mit Holznechten Freundschaft geschlossen. Jedemal, wenn diese mit ihren Pflanzenspannen zum Holzabführen kommen, stellt sich ein kapitaler Zwölferhirsch ein und läßt sich die Futterreste der Herde schmecken. Dann macht er sich über die Futterläde her; und wenn die Knechte ihm dies wehren wollen, indem sie Decken auf die Säcke legen, schießt er diese mit seinem mächtigen Geweih weg. Stundenlang schon hielt sich das zutrauliche Tier wenige Meter von den Holznechten entfernt, und aller Lärm der Arbeiten konnte ihn nicht aus seiner Ruhe bringen.

Ulm, 9. Januar. (Ein SA-Spiel wird gebrandmarkt.) Wie die „Nationale Rundschau“ berichtet, ergab die Prüfung der Akten des SA-Mannes Schurer, daß er längere Zeit bezahlte Spieldienste im Dienste der SPD. leistete. Aus diesem Grunde befindet er sich schon seit sechs Wochen in Schußhaft. Am Samstag wurde der Berräter der gelamten Ulmer SA. vorgeführt.



## Bekanntmachungen der NSDAP.

### Hiltlerjugend, Standort Altensteig

Die restlichen Beiträge sowie die Ausweise sind unbedingt am Samstag, den 13. Januar, in den Heimabend mitzubringen. Heil Hitler!

### NS-Frauenhilfe

In der monatlichen Mitgliedererfassung, Donnerstagabend im „Grünen Baum“, hat die NS-Frauenhilfe teilzunehmen. Johanna Kasp.

### Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen Kreisbauernschaft Nagold

Die Stadt Stuttgart bietet in einem Rundschreiben an die Kreisbauernschaften sogenannte zusätzliche Landbesitzer und Landbesitzerinnen bis zu 40 Jahre alt an. Die Bedingungen sind folgende: Die Anträge sind bei der Gemeindebehörde des Wohnorts zu stellen. Diese leitet sie an das Arbeitsamt weiter. Die monatliche Entschädigung des Arbeitgebers beträgt 13-17 Mark, sowie nach sechsmonatiger Tätigkeit eine Verprämie von 30 Mark. Die Soziallasten sind vom Arbeitgeber zu tragen.

Die Landwirte werden auf diese Gelegenheit hingewiesen. Die Ortsbauernführer werden gebeten, erforderlichenfalls die Antragsteller zu beraten.

Auf die täglichen Anfragen betr. Mitgliedschaft zur Kreisbauernschaft weise ich die Ortsbauernführer auf die wiederholten Veröffentlichungen im Wochenblatt hin, wonach jeder, der Grund und Boden besitzt, von diesem über das Finanzamt eine Abgabe an den Reichsfinanzamt zu bezahlen hat und damit zwangsweise Mitglied der Kreisbauernschaft ist, gleichgültig, ob er Mitglied einer sonstigen Organisation ist, oder nicht. Maßgebend ist allein der Grundbesitz.

Ermalgte Austrittserklärungen von Handwerkern usw. müssen durch die Landesbauernschaft genehmigt werden. Es wird in manchen Fällen Doppelmitsgliedschaft nicht zu umgehen sein.

### Kreisbauernführer: Kalmbach

### Kreisbauernschaft Freudenstadt

Nächsten Samstag, den 13. Januar, findet in Dornstetten im Gasthof zum „Bahnhof“ eine Versammlung statt, in welcher Amtsgerichtsdirektor Kauffmann über das Erbhofgesetz spricht. Dazu sind die Herren Bürgermeister des Kreises freundlich eingeladen.

Für sämtliche Ortsbauernführer, deren Stellvertreter und Vertrauensleute sowie für die vorgeschlagenen Jungbauernführer ist das Erscheinen Pflicht.

### Die Versammlung beginnt nachmittags 1 Uhr.

Hermann Haas, Landw. Kreisfachberater.

### Kreisleitung Calw

Für die am Freitag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im „Badischen Hof“ in Calw stattfindende Eröffnungs-Vorstellung des Filmwertes „SA-Mann Brand“ sind Einlasskarten zum Preise von 0,70, 0,80 und 1 Mark im Vorverkauf aus der Kreisgeschäftsstelle (Tel. 368) zu haben. Infolge des in Aussicht stehenden Andranges bitte ich, Sammelbestellungen bis spätestens Donnerstag, 12. Uhr, anzugeben.

Sämtliche Stadtwalter des Kreises haben bei der Eröffnungs-Vorstellung anwesend zu sein.

### Wurster, Kreisleiter.

### NS-Lehrerbund, Kreis Neuenbürg

Auf die am 1. 1. 34 fälligen Vierteljahres-Beiträge wird aufmerksam gemacht und gebeten, die Beiträge bis spätestens 12. 1. 34 zu entrichten, da dem Kassenswart selbst kurzer Termin gestellt ist. Die Zellen Schönbürg und Hertenalb zahlen an ihre Zellensprecher; Zelle Enstal-Pfanzgau direkt an Kreisoffize Grotzonto 966 OA. Sparlosse Neuenbürg. Die gesammelten Daueraufträge werden vom Kreisoffizier selbstständig abgerufen. Die Beiträge betragen für Vollbeschäftigte 4,50 Mark, für Pensionäre 3,40 Mark, für Halbbeschäftigte 2,25 Mark. Dazu kommt noch Haftpflicht-Versicherungsprämie von vierteljährlich 0,90 Mark, die von sämtlichen Mitgliedern eingezogen werden muß, mit Ausnahme von Praktikanten, Studenten und Stellenlosen, die somit nur 0,50 Mark Beitrag zahlen. Wo die Haftpflichtgebühr von 0,90 Mark bei der Beitragsüberweisung auf 1. 1. 34 vergessen wurde, bitte ich dies auch bis 12. 1. 34 nachzuholen. Die Schulvorstände werden gebeten, an ihren Schulen Einzeichnungslisten für Spenden zum Haus der Erzieher in Bagrenth einige Monate umgehen zu lassen und eingegangene Beiträge bis 15. j. Wis. auf obiges Girokonto 966 unter „Spende Bagrenth“ zu überweisen.

### Kreisoffizierwart: Effis.

### Aus Baden

Wollach, 9. Januar. (Schulhaft.) Auf Veranlassung des Geh. Staatspolizeiamts wurde der Rechtsanwalt Wilhelm Werrlein in Wollach im Anzigtal in Schulhaft genommen. Werrlein war der Führer der ehemaligen Zentrumsgruppe im Bezirk Wollach und einer der geschäftigsten Gegner des Nationalsozialismus. Diese feindselige Einstellung hat er trotz äußerlicher Umstellung auch heute noch nicht ausgegeben.

## Darlehensfassenvereine werden weiter ausgebaut

Oberdorf a. N., 9. Januar. Auf einer Tagung der Darlehensfassenvereine im „Schützenloal“ sprach vor mehreren Hundert von Landwirten und Bauern Generalsekretär Müller über die Zukunftsaufgaben der Genossenschaften, die nicht nur erhalten, sondern auch weiter gefördert werden sollen. Als vornehmlichste Aufgabe sei die rasche Wiederherstellung der Liquidität der Darlehensfassen zu betrachten. Der Einzelgenosse müsse jederzeit über seine Einlagen verfügen können. Das Bestreben der Fassen sei auf die Herbeiführung möglicher langfristiger Einlagen zu richten. Für eine erfolgreiche Einlagenwerbung sei die Einführung einer Kleinsparanleihe (wie Sparfarten mit Sparmarken bezw. eines Sparbuchs und Heimparsbüchsen) nötig. Der Redner kam dann auf die Finanzpolitik zu sprechen und kritisierte die früheren überhöhten Schuldnerzinsen; er sprach dem bargelosen Zahlungsverkehr das Wort und betonte, daß dem Warengeschäft wieder erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse und daß die Darlehensfassen sich auch um die Bewertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ihrer Mitglieder kümmern sollen. Das Eigenkapital müsse 10 Prozent des Betriebskapitals ausmachen. Um zur Stärkung des Eigenkapitals zu kommen, müsse volle Einzahlung des Geschäftsanteils in kleinen Raten gefordert werden. Ueber die bäuerliche Umgestaltung und das Erbhofgesetz machte Direktor Knapp bedeutende Ausführungen.

### Vorübergehende Zunahme der Arbeitslosen in Württemberg u. Baden

Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bereich des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland im Monat Dezember 1933 wird u. a. berichtet:

Für den abgelaufenen Monat Dezember lauten die Berichte der württembergischen und badischen Arbeitsämter über die Beschäftigung aller nicht unmittelbar von der Witterung abhängigen Wirtschaftszweige ziemlich allgemein günstig. Der Beschäftigungsgrad stand in diesem Jahre im Weihnachtmonat auf einem erheblich günstigeren Niveau als vor einem Jahre.

In denjenigen Berufsgruppen allerdings, deren Beschäftigung von elementaren Einflüssen, von Jahreszeit und Witterung abhängig ist, ist ein starker Rückschlag eingetreten, weil große Schneefälle und harter Frost die Ausführung der Außenarbeiten unmöglich machten. Die von der öffentlichen Hand geförderten Bauprogramme sowohl als auch die private Bautätigkeit mußten unter dem Einfluß der Witterung größtenteils unterbrochen werden, so daß die Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern allein am 31. Dezember 1933 8723 Bauarbeiter und 6454 Bauhilfsarbeiter zugenommen hat. Daneben wurde die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft, in der Industrie der Steine und Erden, im Verkehrsgewerbe und in der Sägewerksindustrie mehr oder weniger stark in Mitleidenschaft gezogen. Ausschlaggebend für die augenblickliche Lage im Baugewerbe ist aber der Umstand, daß das Steigen der Arbeitslosenzahl nicht durch Arbeitsmangel entstanden ist, daß im Gegenteil reichlich Arbeitsgelegenheiten vorhanden sind, daß nur keine Möglichkeit besteht, die Arbeiten bei Frost und Schnee auszuführen und daß weiterhin alle Arbeiten sofort wieder aufgenommen werden, wenn die Witterungs- und Bodenverhältnisse es einigermaßen zulassen und daß endlich seit Eintritt milderer Winters viele Arbeiten schon wieder in Angriff genommen werden konnten, so daß die Arbeitslosenzahl vom 31. Dezember in Wirklichkeit heute schon wieder unterschritten sein dürfte.

Im ganzen ist die Arbeitslosenzahl in Südwestdeutschland Ende Dezember um 23 484 Personen höher als Ende November. Der in den Monaten September bis November im Kampf gewonnene Boden ging vorübergehend verloren, aber immerhin entspricht der am Jahresabschluss vorhandene Stand von 231 445 Arbeitslosen dem Sommerstand vom 15. August ein Ergebnis, das noch nie erreicht werden konnte. Gegenüber dem Jahresanfang ist die Zahl um 60 000 kleiner, gegenüber dem Stand vom 28. Februar 1933 ist sie um 86 000 geringer.

Von der Gesamtzahl von 231 445 Arbeitslosen, die am 30. Dezember bei den Arbeitsämtern vorgemeldet waren, waren 189 241 Männer und 42 204 Frauen; aus Württemberg und Hohenzollern kamen 88 035 Personen (74 192 Männer und 13 843 Frauen) und aus Baden 143 410 Personen (115 049 Männer und 28 361 Frauen). Die Vergleichszahlen vom 30. November lauten für Württemberg 72 129 und für Baden 135 832. Württemberg wurde also durch eine Zunahme um 18 202 Arbeitslose oder um 25 v. H. seinen rauheren klimatischen Verhältnissen entsprechend von der Verschlechterung verhältnismäßig viel härter betroffen als Baden, das nur eine Zunahme um 11 020 oder um 8 v. H. aufzuweisen hat.

Von den Unterstützungseinrichtungen hat besonders die Arbeitslosenversicherung eine starke Mehrbelastung erfahren; hier wurden Ende Dezember um 18 040 Hauptunterstützungsempfänger mehr betreut; in der Familienfürsorge ist die Zahl um 11 300 gewachsen. Geringfügig ist dagegen die Mehrbelastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtserwerbslosen in der öffentlichen Fürsorge; die entlassenen Arbeiter haben also größtenteils wieder eine Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung erwerben können, so daß auch das Ziel der Entlastung der Gemeindefinanzen erreicht worden ist.

### Aushebung kommunistischer Organisationen

Stuttgart, 9. Jan. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In Württemberg konnten seit einiger Zeit Neubildungen von kommunistischen Organisationen beobachtet werden, die sich neben anderer staatsfeindlicher Betätigung, insbesondere illegale Propaganda, Herstellung und Verbreitung von Flugblättern der „Roten Hilfe“ zum Ziele gesetzt hatten.

Es wurde zum Teil mit Erfolg versucht, die mittels Wachsmatrizen und Vervielfältigungsapparaten hergestellten Flugblätter durch eine besondere Verteilungsorganisation in Stuttgart und im Lande, vorwiegend in Betrieben, zu verbreiten, wobei jedoch die Flugblattverteiler infolge des Widerstands der Beschäftigten ihre Absicht nicht durchzuführen konnten.

Die Feststellungsmaßnahmen der Württ. Politischen Polizei haben in den letzten Monaten zur Aushebung der Organisation geführt. Es wurden insgesamt 26 Personen verhaftet.

### Ämtliche Bekanntmachungen

#### Milchwirtschaftlicher Lehrgang in Nagold

Die Württ. Zentralstelle für die Landwirtschaft veranstaltet bei eingehender Beteiligung in der Zeit vom 22.-25. Januar d. J. in Nagold einen milchwirtschaftlichen Lehrgang. Behandelt werden die Grundzüge der Fütterung, Zusammenfassung, Beschaffenheit, Gewinnung, Abwandlung, Entrahmung und Unterfütterung der Milch, sowie die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Besucher, die an dem Kurs mit Erfolg teilnehmen, können die für den Handel mit Milch, sowie für die Führung von Milchsammlertischen, Lieftahle- und Rahmlationen gesetzlich vorgeschriebene Bestätigung erhalten, daß sie die erforderliche Sachkunde besitzen (§ 14 M.G.; §§ 61, 84, 86 Abf. 1 Ziff. 4 und 87 Ziffer 4 VV.)

Der Unterricht findet von 8.30-12.30 und 14-17 Uhr statt. Die bei Beginn zu entrichtende Kursgebühr beträgt 5 Mark. Für die Ausfertigung der Bestätigung wird eine Gebühr von 2 Mark erhoben.

Anmeldungen, welche Vor- und Zuname, Geburtstag, Geburts- und Wohnort und Beruf enthalten müssen, sind bis 18. Januar ds. Js. an die Landwirtschaftsschule in Nagold zu richten.

Die Abhaltung eines weiteren Lehrganges ist in der Zeit vom 21.-24. Februar ds. Js. in der Landesanstalt für landw. Gewerbe in Hohenheim vorgesehen.

Nagold, den 8. Januar 1934.

Aus dem Oberamtsbezirk Calw sind die Meldungen ebenfalls an die Landwirtschaftsschule in Nagold zu richten.

Oberamt: Saitinger.

let, die bereits von den zuständigen Gerichten abgeurteilt sind oder der Beurteilung noch entgegenstehen. Es handelt sich neben einer Anzahl schon früher tätiger kommunistischer Führer um eine Reihe von Personen, die kommunistischen Intellektuellen-Gruppen angehören.

Unter den bei der geheimen Gruppe beschlagnahmten Gegenständen befanden sich u. a.: sechs Schreibmaschinen, vier Vervielfältigungsapparate, darunter ein Rotafix, und eine größere Anzahl von Wachsmatrizen.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

Zwei Schulknaben werfen sich vor einen D-Zug. Vermutlich aus Furcht vor Strafe ließen sich am Montagabend die beiden 13 und 14 Jahre alten Brüder, Martin und Johann Tullak aus Riederan in der Nähe des dortigen Bahnhofes von dem D-Zug Dresden-Leipzig überfahren. Beide Knaben wurden auf der Stelle getötet. Dem einen wurde der Kopf abgetrennt, dem anderen wurde der Schädel zertrümmert.

Oberbürgermeister Kaufher-Potsdam zurückgetreten. Oberbürgermeister Kaufher hat am Dienstag nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidenten einen längeren Urlaub angetreten, nach dessen Verlauf er in den Ruhestand treten wird.

Der Nord bei Steingaden. Der Kraftwagenführer Alfons Graf aus München, der seine Geliebte, eine 40 Jahre alte Gastwirtin aus München, im Kraftwagen erschossen und dann den Wagen mit der Leiche im Hof einer Gastwirtschaft in Steingaden stehen gelassen hatte, konnte am Montag in Steingaden festgenommen werden. Graf gestand, die Frau am Ettaler Berg erschossen zu haben. Sie hätten ursprünglich den Plan gehabt, gemeinsam in den Tod zu gehen, jedoch habe ihn der Mut verlassen.

Kraftwagenunfall in Italien. Bei der Stadt Segni hat sich ein folgenschwerer Kraftwagenunfall ereignet, bei dem 6 Arbeiter ums Leben kamen und 14 verletzt wurden. Der Kraftwagen hatte sich überschlagen und war in eine tiefe Schlucht gestürzt. Verursacht der Unfall die Ursache des Unglücks ist unklar.

Selbstmord des Erbauers des Wasserkraftwerkes von Urbeis. Wie der „Petit Parisien“ meldet, hat Ingenieur Scherter, der die Pläne des Wasserkraftwerkes von Urbeis entworfen hat, in Mühlhausen Selbstmord begangen. Scherter war 60 Jahre alt.

SA-Scharführer ermordet. Bei einem Tanzvergnügen in Zelazno bei Oppeln entstand unter den Gästen ein Streit, den der SA-Scharführer Paul Wstlub schlichtete. Nach Schluß der Tanzfestlichkeit wurde Wstlub vor einem Gehöft in seinem Blut liegend aufgefunden. Er wurde nach dem Gasthaus gebracht, wo ein Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. Unter dringendem Tatverdacht wurde der Knecht Zeller verhaftet und dem Oppelner Polizeigefängnis zugeführt. Der vorläufige Befund hat ergeben, daß Wstlub mit einem Knüttel niedergeschlagen worden ist.

### Der sibirische Winter 1886-87

Was die Leute erzählen . . . — Vom nördlichen Schwarzwald

Alle Leute wissen so manches von strengen Wintern zu berichten. Als ein ganz besonders strenger und ausdauernder Winter muß der Winter 1886/87 betrachtet werden. Am Weihnachtstag war es ein Schneeeis, wie man es kaum für möglich hielt. Und zu Silvester kam noch mehr dazu. Meterhoch lag der Schnee in den Schwarzwaldtälern, bis zu 2 Meter Höhe jedoch auf den Bergen. Jener strenge und schneereiche Winter wurde für das Wild zu einer großen Gefahr. Es mögen sicher tausende von Stück Wild gewesen sein, die draußen im Walde vor Hunger und Kälte zugrunde gingen. Bis in die Dörfer hinein trieb der Hunger das arme Wild. Es wird erzählt, daß es manchmal vorkam, daß morgens in den Walddörfern ganze Rudel anzutreffen waren, die auf Futter warteten. Nicht nur daß viel Schnee dalag, es herrschte eine Hundekälte, die draußen in der Natur alles erstarren ließ. Steinhart war alles zusammengefroren. Böse Zeiten für das Wild im Walde, schlimme Zeiten auch für die Menschen. Die Wilderei trat damals auch stark in Erscheinung. Biersch war es so, daß die Zufuhr der notwendigen Nahrungsmittel in die schneereichen Schwarzwaldgebiete gefährdet oder doch sehr erschwert war. Wer damals nicht gut mit Brennmaterial versorgt war, kam in arge Nöten und aus einem Schwarzwaldsdorf wird z. B. erzählt, daß auf Weihnachten und Neujahr viele Männer des Dorfes gemeinsam miteinander in den tief verschneiten Wald gingen und Holz holten, damit daheim die Kachelöfen geheizt werden konnten. Vom Thomas bis in den April hinein wurden damals die Kachelöfen nicht mehr kalt. Der Winter hatte die Sägewerke im ganzen nördlichen Schwarzwald lahmgelegt. Die Säulen waren längere Zeit geschlossen. Der Verkehr war lahm-

gelegt. Es wird erzählt, daß man bei vielen Försterhäusern zum „Einladen“ hineinlachte, so hoch lag der Schnee da. Im Hochschwarzwald sah es noch schlimmer aus. Dort ragten von den Häusern überhaupt nur noch die Giebel aus dem Schnee. Die Häuser in den Dörfern waren damals so tief eingeschneit, daß man von den Wegen aus in die Wohnungen Durchgänge bauen konnte. Schmale Gehwege waren durch die Dörfer ausgehauelt und es mußten richtige Schneemehden organisiert werden oder wurde im Frontdienst Schnee gehaufelt. Der Verkehr lag so gut wie still. Die Postschlitten, die z. B. durch das Kurgal verkehrten, waren jedw. bis achtfach mit Pferden bespannt und trotz allem: mehr als einmal mußten die Postschlitten aus dem Schnee gehaufelt werden. Denn zu den Schneefällen kam noch der starke Wind, der Schneewehen auftrieb, viele Meter tief. Wer in solche Schneewehen geriet und keine Hilfe bekam, war verloren.

Nicht nur, daß es in diesem Winter mit den Lebensmitteln knapp her ging, es fehlte sogar an Wasser. Man mußte sich mit dem Schneewasser vielfach behelfen. Die Quellen waren sehr geschwächt, denn wie die Trockenheit die Quellen schwächt, tut es auch die starke Kälte. Es wird erzählt, daß in jenem strengen Winter die Wildsäuen herdenweise drüben von den Vogesen her über den zugefrorenen Rhein kamen und sich hauptsächlich im Waldgebiet des nördlichen Schwarzwaldes festsetzten. Das hintere Kurgal und andere Gebiete im nördlichen Schwarzwald waren von den Wildschweinen (von den „Badesäuen“ sagt der Volksmund) geradezu heimgesucht und es ging eine geraume Zeit dahin, bis die Wildschweinplage im nördlichen Schwarzwald und vor allem im hinteren Kurgal zurückgedrängt war. In Reichental erlebte ein Jäger damals einen Eber, der nahezu fünf Zentner wog und lange Zeit viel Unruhe stifte, denn er soll sehr böse gewesen sein. Der strenge Winter 1886/87 war wohl einer der strengsten im letzten Jahrhundert und noch vieles wissen die älteren Leute hiervon zu erzählen.

R. D.

### Letzte Nachrichten

Eine Ehrung des Ministers Dr. Frick durch den Führer Berlin, 10. Januar. Wie der „Völkische Beobachter“ erzählt, hat der Führer dem Reichsinnenminister Dr. Frick, der soeben aus dem Urlaub zurückgekehrt ist, zu Weihnachten in Anerkennung seiner großen Verdienste sein Bild mit eigenhändiger Widmung überreicht. Die Widmung lautet: „Herrn Minister Dr. Frick in aufrichtiger Freundschaft. Herzlichst gez. Adolf Hitler.“

Ein Verbot Dr. Leps und Rudolf Heß Berlin, 9. Januar. Der Stabsleiter der P.O., Dr. Leps, gibt folgendes bekannt: In der letzten Zeit laufen Meldungen ein, daß Parteigenossen, auch in führender Stellung, sich öffentlich in Wort und Schrift mit der zukünftigen Reichsreform beschäftigen. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, hat mich gebeten, mitzuteilen, daß jedem Parteigenossen in Zukunft bei strengster Strafe untersagt ist, sich mit Fragen der Reichsreform zu befassen.

Festnahme des Traunkreiner Stadtpfarrers Traunkrein, 9. Januar. Der Stadtpfarrer von Traunkrein, Geistlicher Rat Joseph Stejzle, wurde auf Veranlassung der politischen Polizei zu seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen, da er durch seine Predigt am Dreikönigstage eine tiefe Empörung in der Traunkreiner Bevölkerung hervorgerufen hatte.

Nationalsozialistische Kundgebungen in Enns Wien, 10. Januar. Zu großen nationalsozialistischen Kundgebungen kam es Dienstagabend in der Stadt Enns in Oesterreich. Es wurden Haltenkreuzfeuer abgebrannt und zahllose Papierhaltenkreuze in der Stadt ausgestreut. Die Gendarmereibeamten wurden in ihrer Wache eingeschlossen.

Die 14 Todesurteile in Kabul vollstreckt Kabul, 9. Januar. In Anwesenheit des Kriegsministers sind heute die wegen des Mordanschlages gegen Nadir Schah zum Tode verurteilten 14 Personen hingerichtet worden. Unter den Hingerichteten befinden sich der Vater, der Onkel und einige Freunde des Mörders Abdul Khalif. Japanisches Militärflugzeug abgefeuert — Zwei Tote Tokio, 9. Januar. Ueber dem Fijufeld Ojaka stürzte am Montagabend infolge des starken Nebels ein Militärflugzeug ab. Der Pilot und sein Beobachter wurden getötet.

Naturnatürliches Wetter für Donnerstag Durch die Wirbelstürme in Nordwesten sind wärmere ozeanische Luftströmungen nach dem europäischen Festland vorgerückt worden. Der Hochdruck über dem Festland behauptet sich indessen, so daß für Donnerstag mehrheitlich trübes, aber vorwiegend trockenes, mäßig kaltes Wetter zu erwarten ist.

Druck und Verlag der W. Rietter'schen Buchdruckerei, Altensteig Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lauf (D.-A.: 2150)

Altensteig  
Lezt. Tage seh hier ein Lehrling  
fein Fahrrad stehen!  
Derjenige, der über den Verbleib des Fahrrades Auskunft erteilen kann, wird gebeten, sich bei der hiesigen Ortspolizei zu melden.

Musik-Verein.  
Heute abend 8 Uhr  
Singstunde  
im Gemeindehaus.  
Pünktlich und vollzählig erscheinen.

Zur Einsegnung und Kommunion  
im Januarheft „Bayers Mode für Alle“ viele reizende Modelle. Daneben: „Schlanke Kleider für starke Damen“, neuartige Kragen- und Schultergarnituren, Abend- und Tanzkleider, Karnevalskostüme u. v. a. m. (ca. 120 Modelle) leicht selbst zu schneiden. Mit vielen, auch farbigen Bildern! für 25 Pf. monatlich frei ins Haus durch

Zu beziehen durch die  
Buchhandlung Lauf  
Altensteig und Nagold

Einsegnungsbild  
K 24 382

Halt  
Er wird Ihnen ein treuer Helfer sein  
Dahlia  
der wunderbare  
Separator  
von ungewöhnlicher Entschneidung  
mit nie rostender Trommel  
Waschmaschinen  
Mangeln, Pressen,  
Fufferdämpfer  
Kauskessel, Buttermaschinen  
Fordern Sie noch heute den interessanten Prospekt

Kaufhaus Kappler, Besenfeld  
Zentifugen dürfen auf Grund der neuen gesetzlichen Verordnungen ohne Anstand weiterbenutzt werden.

